

# Im Überblick ...

Zusammengestellt von Thomas Bärthlein

## Weiter Gewalt zwischen Schiiten und Sunniten

Die Spirale der Gewalt und Gegengewalt zwischen extremistischen sunnitischen und schiitischen Gruppen hat sich auch im Herbst weiter gedreht. Besonders viele Opfer forderte ein Selbstmordanschlag auf eine schiitische Moschee in Sialkot, bei dem am 1. Oktober 31 Menschen getötet wurden, sowie der vermutliche Racheakt schiitischer Extremisten, die am 7. Oktober in Multan vierzig Menschen durch zwei Bomben töteten. In Multan hatten sich an die 3.000 Anhänger des radikalen sunnitischen Politikers Maulana Azam Tariq versammelt, um seiner Ermordung ein Jahr zuvor zu gedenken. Azam Tariq war Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender der verbotenen Partei *Sipab-e Sababa* gewesen. Vier Fünftel der Pakistaner sind Sunniten, die meisten anderen Schiiten.

Die Aktionen der pakistanischen Armee in Südwaziristan (Stammesgebiete an der Grenze zu Afghanistan) gegen mutmaßliche Kämpfer der Taliban und *al-Qaida* gehen unvermindert weiter (siehe den Bericht in SÜDASIEN 1/2004). Nach offiziellen Angaben hatte die Armee Mitte November 7.000 Soldaten in der Region um Wana im Einsatz. Sie geht davon aus, dass sich dort unter der Stammesbevölkerung auch hunderte ausländische Kämpfer aus Afghanistan, Tschetschenien, arabischen und zentralasiatischen Ländern aufhalten. Deren Ausbildungslager werden häufig aus der

## Goethe-Institut in Karachi wieder eröffnet

Das im Mai 2002 nach einem Anschlag in unmittelbarer Nähe aus Sicherheitsgründen geschlossene einzige Goethe-Institut Pakistans ist am 12. Oktober wieder eröffnet worden. In einem neuen Gebäude sollen nicht nur die im Frühjahr bereits wieder aufgenommenen Sprachkurse fortgesetzt werden, sondern auch Veranstaltungen zum „Dialog mit dem Islam“ sowie Begegnungen zwischen pakistanischen und deutschen Künstlern stattfinden. Leiterin des Goethe-Instituts Karachi, das 1956 als eines der ersten auf dem Subkontinent gegründet wurde, ist Dr. Petra Raymond.

[www.goethe.de/karachi](http://www.goethe.de/karachi)

## Militäraktionen in Waziristan

Luft von Flugzeugen oder Helikoptern beschossen. Der Widerstand ist vielfach stark und fordert viele Todesopfer, auch auf Seiten der Armee. Bei einer Pressekonferenz am 19. Oktober bezifferte Generalleutnant Safdar Hussein, Corpskommandeur von Peshawar, die bisherigen Opfer in Waziristan in diesem Jahr auf Seiten der Armee mit 171; dem stünden 246 getötete Militante gegenüber, darunter angeblich mehr als 100 Ausländer. Die spektakulärste Aktion der vergangenen Wochen war die Entführung von zwei chinesischen Ingenieuren. Bei einer Kommandoaktion zu ihrer Befrei-

## Todesstrafe für „Ehrenmorde“

Mit einem neuen Gesetz will Pakistan die so genannten „Ehrenmorde“ bekämpfen, bei denen Frauen für - oftmals nicht bewiesene - außereheliche Liebesbeziehungen von ihren eigenen Verwandten getötet werden. Das Ende Oktober verabschiedete Gesetz sieht im Höchstfall sogar die Todesstrafe vor. Menschen- und Frauenrechtsgruppen kritisierten das Gesetz als nicht weitgehend genug. Sie bemängeln etwa, dass es weiterhin die Möglichkeit einer außergerichtlichen Einigung vorsieht. Es wird geschätzt, dass in Pakistan jedes Jahr mehrere hundert Frauen und Mädchen Opfer von „Ehrenmorden“ werden, vorwiegend in ländlichen und Stammesgebieten.

ung starb eine der Geiseln Mitte Oktober im Kreuzfeuer. Verantwortlich für die Geiselnahme war offenbar Abdullah Mehsud, Ex-Häftling in Guantanamo. Menschenrechtsorganisationen und Oppositionspolitiker haben schwere Bedenken gegen den Armee-Einsatz geäußert, nachdem Medienberichte den Schluss nahe legen, dass die Armee häufig undifferenziert gegen die Stammesbevölkerung vorgeht und viele Zivilisten bei den Kämpfen ums Leben gekommen sind. Zwischenzeitlich war Journalisten der Zugang in die umkämpften Gebiete sogar ganz verboten.



# ... Im Überblick

## Schröder-Visite

Einen kurzen Besuch hat Bundeskanzler Gerhard Schröder auf seiner Asien-Reise im Oktober auch Pakistan abgestattet. Wie auch zuvor in Indien, wies der deutsche Regierungschef auch in Islamabad darauf hin, dass deutsche Firmen zunehmend an Pakistan interessiert seien, und riet Premierminister Shaukat Aziz dazu, mit besserem Schutz für Investoren mehr ausländisches Kapital ins Land zu holen. Deutschland werde Pakistan bei Zollverhandlungen mit der EU unterstützen, versprach der Kanzler. Außerdem wurden Vereinbarung über deutsche Entwicklungshilfe in Höhe von 18 Millionen Euro unterzeichnet. Aber der Aufenthalt des Kanzlers verlief nicht nur harmonisch. Schröder und Pakistans Präsident Musharraf gaben zu, dass sie in Sachen Reform des UN-Sicherheitsrats unterschiedlicher Meinung sind. Dass Deutschland gemeinsam mit Indien für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat für beide Länder eintritt, wird in Islamabad mit Argwohn beobachtet.

Gegen erbitterte Proteste der Opposition beabsichtigt Pakistans Präsident Musharraf, sich nicht mit dem Amt des Staatsoberhauptes zu begnügen, sondern auch weiterhin höchster Kommandeur der Streitkräfte zu bleiben. Am 14. Oktober billigte die Nationalversammlung (das Unterhaus) und am 1. November der Senat einen Gesetzentwurf, nach dem Musharraf über den 1. Januar hinaus weiter beide Ämter ausüben darf. In bei-

Pakistan hat auch nach dem 11. September 2001 und der darauf folgenden Ankündigung von Reformen im Erziehungssektor im Januar 2002 keine entscheidenden Fortschritte bei der Bekämpfung des religiösen Extremismus in den Schulen gemacht. Zu diesem Schluss kommt die *International Crisis Group* (ICG), ein internationaler *Think Tank* mit Hauptsitz in Brüssel, in einem im Oktober veröffentlichten Bericht. Für problematischer als die weit verbreiteten radikalen *Madrasas* halten die Autoren in diesem Zusammenhang die Vernachlässigung des öffentlichen Erziehungssystems. Pakistan gehört zu den weltweit insgesamt nur zwölf Staaten, die weniger als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bil-

dung ausgeben - Tendenz fallend. Abgesehen von der kleinen Minderheit, die sich leisten kann, ihre Kinder auf englischsprachige Privatschulen zu schicken, sieht sich die Bevölkerung mit massiven Missständen und Korruption im Bildungswesen konfrontiert. Viele Schulen existierten gar nur auf dem Papier, bemängelt die ICG. Für viele Arme seien die radikalen *Madrasas* die einzige Alternative. Aber auch in den staatlichen Schulen sei religiöse Intoleranz vielfach in die Lehrpläne eingeflossen, weil die Regierung nicht den Mut habe, sich gegen extremistische Lobbys zu wehren. Der volle Text dieses Berichts (wie auch weiterer aktueller Pakistan-Berichte) findet sich unter [www.icg.org](http://www.icg.org)

## Uniform und kein Ende

den Parlamentskammern kam es zu tumultartigen Szenen. Die Opposition boykottierte die Abstimmung.

Musharraf hatte Ende 2003 versprochen, sein Amt als Oberbefehlshaber zum Ende 2004 niederzulegen. Diese Zusage war Teil eines Deals mit der islamistischen Parteien-Koalition MMA gewesen, die im Gegenzug Musharraf im Rahmen von Verfassungsänderungen zusätzliche Befugnisse zugestanden hatte. Die MMA

warf Musharraf jetzt vor, sein Wort gebrochen zu haben und kündigte Straßenproteste an. Die in der *Alliance for the Restoration of Democracy* (ARD) zusammengeschlossenen Oppositions-Parteien wollen ebenfalls gegen Musharrafs Uniform agitieren, scheinen jedoch vor einem formellen Bündnis mit der MMA zurückzuschrecken.

## Weiterführende Informationen:

### ICG: Pakistans Schulen fördern weiterhin den Extremismus

(Hg.) Ammerland, 60 S., [www.sympathiemagazin.de](http://www.sympathiemagazin.de)  
 Thomas Benedikt: Krieg im Himalaya - Hintergründe des Maoistenaufstandes in Nepal. Eine politische Landeskunde, LIT Verlag, Münster 2003.